



Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ALÜ 2.1; Bericht der Vorberatungskommission

Anträge

Die Vorberatungskommission beantragt dem Gemeinderat, die folgenden Aufträge an den Stadtrat zu überweisen:

1. Delegation der Schulsozialarbeit sowie der Kindertagesstätten an die Stadtschule
2. Aufgabenklärung Finanzkontrolle bezüglich Kontrolle und Beratung
3. Unterhalt und Betrieb der städtischen Gebäude inkl. Reinigung
4. Reduktion Verwaltungsräte in von Stadtverwaltung ausgelagerten Betrieben
5. Reduktion Beiträge an Bergbahnen Chur-Dreibündenstein AG
6. Einführung Lohnsummenbudget
7. Interpretation zum städtischen Gesetz über die Förderung der Wirtschaft

Ausserdem beantragt die Vorberatungskommission dem Gemeinderat, den

8. GPK-Auftrag (vom Gemeinderat am 20.12.12 überwiesen) abzuschreiben

sowie

9. die Vorberatungskommission ALÜ 2.1 zu entlasten und gleichzeitig aufzulösen.





1. Auftrag

Anlässlich der Sitzung vom 17.12.15 setzte der Gemeinderat eine Vorberatungskommission (VBK) zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ALÜ 2.1 ein, welche Sparvorschläge des Stadtrates zu beraten und Aufträge zur Ausarbeitung von Botschaften zu erteilen hatte. Dabei war das Ziel, die mit dem Auftrag der GPK¹ angestrebte Entlastung von insgesamt CHF 10 Mio. pro Jahr zu erreichen. Zwischenzeitlich wurden durch die Umsetzung diverser Massnahmen bereits jährliche Einsparungen von beinahe CHF 6 Mio. erzielt. Für die VBK ALÜ 2.1 ergab sich somit als Ziel, dass durch die Überprüfung von Aufgaben, Leistungen und Prozessen eine weitere jährliche Entlastung von CHF 4 Mio. erreicht werden sollte². Die Generierung von Mehreinnahmen war nicht Bestandteil des Auftrags an die VBK ALÜ 2.1.

Anlässlich der Gemeinderatssitzung vom 17.12.15 (GRB.2015.34) wurden J. Kappeler (Präsident, GLP), R. Cahannes (CVP), M. Cortesi (SVP), O. Hohl (BDP), A. Mazzetta (Freie Liste Verda), J.-P. Menge (SP) und H.M. Meuli (FDP) in die VBK ALÜ 2.1 gewählt.

2. Vorgehen

Die VBK ALÜ 2.1 entschied sich für ein zweistufiges Vorgehen zur Ermittlung möglicher Entlastungspotenziale. In der ersten Stufe wurde diskutiert, welche vom Stadtrat und auch von den Mitgliedern der VBK ALÜ 2.1 eingebrachten Ideen in der VBK ALÜ 2.1 überhaupt mehrheitsfähig wären. In der zweiten Stufe wurden die theoretisch mehrheitsfähigen Ansätze mit den jeweils zuständigen Dienststellenleiterinnen und Dienststellenleitern (DL) im Sinne von Hearings besprochen. Sämtlichen DL wurden anlässlich solcher Hearings auch Fragen zu möglichen Prozess- und Ablaufoptimierungen sowohl innerhalb als auch gegenüber anderen Dienststellen, zu Standards und Qualität, zum Outsourcing sowie zum Verzicht von Leistungen gestellt. Die für die einzelnen Dienststellen zuständigen Stadträte wohnten den Hearings jeweils bei.

Die VBK beschloss, Massnahmen, deren Umsetzung bereits in Planung oder deren Behandlung zumindest traktandiert ist, nicht weiterzuverfolgen.

Die VBK wünschte, dass sämtlichen städtischen Mitarbeitern die Gelegenheit geboten wird, Vorschläge zu Verbesserungen einzureichen. Stadtpräsident U. Marti nahm das Thema Vorschlagswesen zur Behandlung im Stadtrat auf.

¹ Auftrag der GPK, am 20.12.12 vom Gemeinderat überwiesen: Der finanzwirksame Aufwand, Stand Voranschlag 2013, ist während der Legislatur 2013 bis 2016 um mindestens 5% zu reduzieren

² gegenüber Ende 2015



Da die laufende Legislatur Ende Dezember 2016 abläuft, setzte sich die VBK ALÜ 2.1 die Vorgabe, den Schlussbericht bis November 2016 abzuliefern.

Bezüglich der Stimmabgabe im Gemeinderat machten die Mitglieder der VBK ALÜ 2.1 ab, bei der Verabschiedung der verschiedenen Aufträge im Sinne der VBK zu stimmen. Sofern anlässlich einer VBK-Sitzung ein anderes Abstimmungsverhalten angekündigt wurde, können sich die einzelnen VBK-Mitglieder jedoch auch gegen den Antrag der VBK äussern. Die Mitglieder der VBK und auch die ständig einsitzenden Vertreter der Stadt Chur verpflichteten sich zur vertraulichen Behandlung der Geschäfte der VBK.

Die VBK ALÜ 2.1 tagte insgesamt neun Mal (31.03.16, 19.04.16, 13.05.16, 14.06.16, 01.09.16, 02.09.16, 14.09.16, 27.10.16, 09.11.16).

3. Optimierungspotenziale

Aufgrund der Hearings mit den DL kam die VBK zum Schluss, dass folgende Themen ein Optimierungspotenzial hinsichtlich der Entlastung des städtischen Haushaltes darstellen:

- Delegation der Schulsozialarbeit sowie der Kindertagesstätten an die Stadtschule
- Aufgabenklärung Finanzkontrolle bezüglich Kontrolle und Beratung
- Unterhalt und Betrieb der städtischen Gebäude inkl. Reinigung
- Reduktion Verwaltungsräte in von Stadtverwaltung ausgelagerten Betrieben
- Reduktion Beiträge an Bergbahnen Chur-Dreibündenstein AG
- Einführung Lohnsummenbudget
- Interpretation zum städtischen Gesetz über die Förderung der Wirtschaft.

Die Bedeutung und die Wichtigkeit der Schulsozialarbeit und der Kindertagesstätten waren in der Diskussion der VBK unbestritten. Die Aussage, wonach für eine erfolgreiche Schulsozialarbeit das Vertrauensverhältnis zwischen den Schülern und den Schulsozialarbeitern äusserst wichtig ist, wurde von den Mitgliedern der VBK unterstützt. Aufgrund der Diskussionen kam die VBK jedoch zum Schluss, dass der Verwaltungsaufwand infolge der diversen Schnittstellen zwischen Stadtschule und Sozialen Diensten reduziert werden kann und dass eine direkte Einflussnahme der Stadtschule resp. der einzelnen Schulhäuser zu einer noch effizienteren Leistungserbringung führt. Die VBK beantragt deshalb dem Gemeinderat, den Stadtrat mit der Ausarbeitung einer Botschaft zur Unterstellung der Schulsozialarbeit sowie der Kindertagesstätten unter die Stadtschule zu be-



auftragen. Das Potenzial aus der Umsetzung der Massnahme auf die Entlastung des städtischen Haushaltes ist gering. Es war die zu erwartende Effizienzsteigerung, welche die VBK bewog, dem Gemeinderat die Überweisung des Auftrags zu beantragen.

Die Finanzkontrolle revidiert Jahresrechnung und Budget von Gesetzes wegen. Auch wirkt sie als interne Kontrollstelle und steht der GPK als Sekretariat zu Verfügung. Durch ihre Arbeit hat die Finanzkontrolle einen vertieften Einblick in die Betriebs- und Prozessabläufe der verschiedenen städtischen Abteilungen. Durch ihre Tätigkeit hat die Finanzkontrolle die notwendigen Informationen zur Optimierung der Betriebs- und Prozessabläufe, was mit der Revision von Jahresrechnung und Budget allerdings nicht vereinbar ist. Die VBK vertritt die Ansicht, dass im Bereich von Revision, Kontrollstelle und Beratung ein Optimierungspotenzial besteht. Die VBK beantragt deshalb dem Gemeinderat, den Auftrag zur Klärung der Aufgaben bezüglich Kontrolle und Beratung an den Stadtrat zu überweisen, wobei die Regeln der Corporate Governance einzuhalten sind. Infolge des Einflusses auf die Betriebs- und Prozessabläufe der städtischen Abteilungen ist die VBK der Ansicht, dass die Überweisung des Auftrags wichtig ist.

Betrieb und Unterhalt, wozu auch die Reinigungsarbeiten gehören, der von der Stadt Chur genutzten Liegenschaften stehen schon seit einiger Zeit im Fokus von Optimierungsmassnahmen. So wurde auch bereits ein Pilotprojekt zum Outsourcing von Reinigungsarbeiten angestossen und umgesetzt. Die VBK ist der Ansicht, dass unter Führung von Dep 1 ein departementsübergreifendes Konzept für die Reinigung sämtlicher von der Stadt genutzten Liegenschaften zu erarbeiten und rasch umzusetzen ist. Auch ist die VBK der Meinung, dass unter Führung von Dep 1 zu prüfen ist, wie die Anforderungen an einen langfristig optimierten Betrieb und Unterhalt, d.h. unter Berücksichtigung des notwendigen Werterhalts, sämtlicher städtischer Liegenschaften zu erfüllen sind. Ebenfalls ist zu prüfen, ob eine zentrale Büromöbelstelle geschaffen werden soll. Die VBK vertritt die Ansicht, dass es sinnvoll ist, den Stadtrat mit der Erarbeitung einer Botschaft zur departementsübergreifenden Reinigung der städtisch genutzten Liegenschaften sowie zu langfristig optimiertem Betrieb, Unterhalt und Werterhalt der städtischen Liegenschaften zu beauftragen. Deshalb beantragt die VBK dem Gemeinderat, den Auftrag zu überweisen. Die VBK geht davon aus, dass die erfolgreiche Umsetzung einen signifikanten Beitrag zur Entlastung des städtischen Haushaltes leisten kann.

In diversen von der Stadtverwaltung ausgelagerten Unternehmen wie IBC oder Stadtbuss Chur AG sitzen fünf externe Verwaltungsräte ein. Die VBK vertritt die Ansicht, dass es zu verantworten ist, die Anzahl Verwaltungsräte zu verringern. Allerdings ist entscheidend, dass bei der Wahl der einzelnen Verwaltungsräte deren Kompetenzen ausschlaggebend



sein müssen. Deshalb ersucht die VBK den Gemeinderat, den Stadtrat mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Botschaft zu beauftragen. Dieser Antrag erfolgt in Kenntnis der Tatsache, dass das jährliche Einsparpotenzial nicht riesig ist.

Die Stadt Chur unterstützt die Bergbahnen Chur-Dreibündenstein AG (Brambrüesch) mit jährlich ca. CHF 0.9 Mio., wovon CHF 360'000 pro Jahr aufgrund einer Volksabstimmung als unbefristeter Betriebsbeitrag ausgerichtet werden. Im Sinne einer Vision liess der Verwaltungsrat der Chur-Dreibündenstein AG die Vorwärtsstrategie „Uffa“ erarbeiten, welche mittelfristig grössere Investitionen bedingt, dafür aber das Betriebsergebnis signifikant verbessern soll. Die VBK nahm die Vorwärtsstrategie „Uffa“ zur Kenntnis. Sie ist der Ansicht, dass vom Stadtrat Szenarien aufgezeigt werden sollen, welche Auswirkungen unterschiedliche Beiträge, z.B. im Bereich von jährlich CHF 360'000 bis jährlich CHF 850'000, an die Bergbahnen Chur-Dreibündenstein AG auf die Vorwärtsstrategie haben und welche Pflichten seitens der Chur-Dreibündenstein AG zu erfüllen sind. Deshalb ersucht die VBK den Gemeinderat, den Stadtrat mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Botschaft zu beauftragen. Die vom Volk genehmigten CHF 360'000 pro Jahr sollen jedoch unangetastet bleiben. Je nach weiter verfolgter Variante ist die Entlastung des städtischen Haushalts signifikant.

Der Personalaufwand der Stadt Chur wird jährlich vom Gemeinderat über den Stellenplan gesteuert. Erkundigungen in anderen Schweizer Städten haben gezeigt, dass vielerorts der Personalaufwand vom "Gemeinderat" direkt über die Lohnsumme gesteuert wird. Die Überwachung des Stellenplans ist dann Aufgabe der Exekutive, wobei diese besonders darauf zu achten hat, dass die Job-Chancen für ältere Arbeitskräfte nicht vermindert werden. Der Gemeinderat wird jeweils anhand diverser Kennzahlen informiert. Die VBK ist der Ansicht, dass die Einführung eines Lohnsummenbudgets geprüft werden soll, wobei zu diskutieren ist, ob Bedienstete, deren Anzahl und auch Entlohnung in übergeordneten Erlassen geregelt ist (z.B. Lehrpersonal mit kantonaler Schulgesetzgebung) von der Ermittlung der Lohnsumme ausgenommen werden sollen. Die VBK ist sich bewusst, dass das Potenzial zur Entlastung des öffentlichen Haushalts gering ist. Allerdings ist von einer Effizienzsteigerung auszugehen, und die Flexibilität der Verwaltung wird erhöht. Deshalb beantragt die VBK dem Gemeinderat, den Stadtrat mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Botschaft zu beauftragen.

Das Gesetz über die Förderung der Wirtschaft hält in Art. 3 auch die Aufgaben der städtischen Kontaktstelle für Anliegen der Wirtschaft fest. Allerdings treten bei der konkreten Anwendung Schwierigkeiten auf, weshalb die VBK eine Interpretation des geltenden Gesetzes wünscht, welche die Umsetzung des Gesetzes in der Praxis vereinfacht. Die VBK



beantragt dem Gemeinderat, den Stadtrat mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Botschaft zu beauftragen. Die VBK geht davon aus, dass mit der Umsetzung der Massnahme ein grosser Nutzen für die Stadt Chur resultiert.

4. Zusammenfassung

Die VBK ist der Ansicht, dass mit der Überweisung der oben beschriebenen Aufträge ein weiterer Beitrag zur Entlastung des städtischen Haushalts geleistet wird. Die finanziellen Auswirkungen werden mit den vom Stadtrat zu erarbeitenden Botschaften abgeschätzt. Die VBK weist darauf hin, dass im Fokus der Diskussionen um die Entlastung des städtischen Haushalts nicht einfach die weitere Reduktion der Beträge der einzelnen Kostenarten stand, sondern die Optimierung von Betriebs- und Prozessabläufen. Dadurch wird eine weitere Belastung der städtischen Mitarbeiter vermieden, welche bereits in den vergangenen Jahren ihren Beitrag an die Sanierung der Stadtfinanzen geleistet haben.

Die VBK ist der Ansicht, dass der Auftrag der GPK³, welcher am 20.12.12 vom Gemeinderat überwiesen wurde, mit dem vorliegenden Bericht abgeschrieben werden kann. Deshalb beantragt die VBK dem Gemeinderat, diesen Auftrag abzuschreiben.

Die VBK hat nach ihrer Ansicht den Auftrag des Gemeinderates vom 17.12.15 erfüllt. Deshalb wird der Gemeinderat ersucht, die VBK zu entlasten und sie gleichzeitig aufzulösen.

5. Dank

Für die stets konstruktiven, sachorientierten und nicht von Parteipolitik geleiteten Diskussionen und Beiträge danke ich meinen Kollegen der VBK bestens. Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei P. Guidali, J. Egger, M. Cangemi für die Protokollführung, N. Tschärner und B. Stoffel für die Sitzungsvorbereitungen sowie M. Frauenfelder und Stadtpräsident U. Marti für die Begleitung während der Arbeiten der VBK. Und besonderer Dank gebührt allen DL mit ihren Mitarbeitern für ihr offenes und kooperatives Mitwirken.

³ finanzwirksamen Aufwand (Stand Voranschlag 2013) während laufender Legislatur um mindestens 5% zu reduzieren



Chur, 13.11.16

J. Kappeler

Jürg Kappeler, Präsident VBK ALÜ 2.1

Anhang

Gemeinderatsbeschluss vom 17. Dezember 2015 (GRB.2015.34)



Beschluss des Gemeinderates

Sitzung vom 17. Dezember 2015

GRB.2015.34

Botschaft Aufgaben- und Leistungsüberprüfung "ALÜ 2.0"; Bericht zum Stand der Arbeiten Dezember 2015

1. Vom Zwischenbericht zum Stand der Arbeiten Dezember 2015 wird Kenntnis genommen.
2. Die Abschreibung des Auftrags der GPK, vom Gemeinderat überwiesen am 20. Dezember 2012, betreffend Reduktion des finanzwirksamen Aufwands, Stand Voranschlag 2013, während der laufenden Legislatur um mindestens 5 %, wird abgelehnt.
3. Es wird eine Vorberatungskommission eingesetzt. Diese berät Sparvorschläge des Stadtrates und erteilt Aufträge zur Ausarbeitung von Botschaften mit dem Ziel, die mit dem Auftrag der GPK angestrebte Entlastung zu erreichen. Der Vorberatungskommission gehören an:
 - Dr. Jürg Kappeler (GLP); Präsident
 - Romano Cahannes (CVP)
 - Mario Cortesi (SVP)
 - Oliver Hohl (BDP)
 - Anita Mazzetta (Freie Liste Verda)
 - Dr. Jean-Pierre Menge (SP)
 - Dr. Hans Martin Meuli (FDP)
4. Auftrag Nr. 7 aus ALÜ 1.0 "Anpassung des Vertrags betreffend Übertragung von Aufgaben der Kantonspolizei Graubünden an die Stadtpolizei Chur" wird als erledigt abgeschrieben.
5. Mitteilung an
 - Mitglieder der Vorberatungskommission
 - Departement 1 (DEP1L)
 - Departement 2 (DEP2L)
 - Departement 3 (DEP3L)
 - Stadtkanzlei (STKAS)
 - Stadtpolizei (KOPOL)
 - Finanzen und Steuern (FLVS/STVL)
 - Finanzkontrolle (FIKOA)





Namens des Gemeinderates

Der Gemeinderatspräsident

Christian Durisch

Der Stadtschreiber

Markus Frauenfelder